



Vorlage KuSA_12/2010
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulausschusses
am 14.06.2010

mit 2 Anlagen

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Ausschreibung "Impulsprogramm Bildungsregionen" Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg

1. Ausgangslage

Ende April 2009 wurde das „Impulsprogramm Bildungsregionen“ des Landes ausgeschrieben (Anlage 1). Ausgangspunkt hierfür war eine über dreijährige Modellphase des Landkreises Ravensburg und der Stadt Freiburg.

Durch die Einrichtung von Bildungsregionen sollen die Schulen bei dem ihnen aufgetragenen Entwicklungsprozess unterstützt werden. In staatlich-kommunaler Verantwortungsgemeinschaft sollen dazu für die Qualitätsentwicklung von Schule und Bildung vorhandene Potenziale effektiv koordiniert sowie geeignete neue Ressourcen erschlossen, effizient gebündelt und aktiviert werden. Durch kooperatives Miteinander der kommunalen Träger, der staatlichen Schulverwaltung und außerschulischer Partner der Region mit den Schulen sollen deren Möglichkeiten erweitert werden, ihre Entwicklungsvorhaben zielorientiert zu definieren und nachhaltig zu gestalten. Durch Vernetzung der Bildungseinrichtungen miteinander sollen deren Profile zum einen geschärft und zum anderen aufeinander abgestimmt werden, um sie wechselseitig wirkungsvoll zu ergänzen und die Übergänge zwischen den Schul- und Ausbildungsformen zu erleichtern.

Zur Umsetzung müssen eine „Regionale Steuergruppe“ und ein „Regionales Bildungsbüro“ gebildet werden. Für den Aufbau der Bildungsregion sind die Stadt- und/oder Landkreise federführend. Eine Delegation auf Dritte ist zulässig. Die Antragsberechtigung liegt beim Stadt- und/oder Landkreis.

In der Sitzung des Kultur- und Schulausschusses am 14.10.2009 wurde von der SPD-Kreistagsfraktion der Antrag eingebracht, die Einrichtung einer Bildungsregion im Landkreis zu prüfen und einen Förderantrag beim Land zu stellen (Anlage 2).

2. Sachstand

In den Bürgermeisterversammlungen am 08. Juli und 09. September 2009 wurde von der Landkreisverwaltung über das Impulsprogramm informiert und um Rückmeldung der interessierten Städte und Gemeinden gebeten. Grundsätzliches Interesse haben die Städte Bietigheim-Bissingen, Ditzingen, Korntal-Münchingen, Kornwestheim und Ludwigsburg signalisiert. Nach einem ersten Sondierungsgespräch am 18.01.2010 fand am 14.04.2010 ein zweites Arbeitsgespräch mit den oben genannten interessierten Städten sowie dem Staatlichen Schulamt statt. Als Referenten waren der Leiter der Bildungsregion Ravensburg Herr Alexander Matt sowie der zuständige Referatsleiter des Kultusministeriums Herr Dr. Markus Hoecker eingeladen.

Konsens des Arbeitsgespräches war, dass von den anwesenden Städten und dem Staatlichen Schulamt die Einrichtung einer Bildungsregion grundsätzlich begrüßt würde. Da die Umsetzung und die Wirkung des Projekts kreisweit angelegt sein soll, waren die Gesprächsteilnehmer einschließlich der Vertreter des Kultusministeriums und der Bildungsregion Ravensburg übereinstimmend der Meinung, dass eine derartige Einrichtung zentral vom Landkreis zu organisieren und zu finanzieren wäre.

3. Finanzielle Auswirkungen

Vom Land werden als Anschubfinanzierung für 3 Jahre und 4 Monate eine Deputatsstelle oder alternativ 45.000 €/Jahr gewährt. Voraussetzung ist jedoch, dass der Landkreis zusätzliche Mittel in Höhe von mindestens 45.000 €/Jahr zur Verfügung stellt. Nach Auskunft des Landkreises Ravensburg und des Kultusministeriums werden für eine erfolgreiche Einrichtung einer Bildungsregion jedoch erhebliche darüber hinaus gehende Mittel benötigt (im Landkreis Ravensburg 220.000 €/Jahr). Da mit dem Aufbau der Bildungsregion spätestens im Januar 2011 begonnen werden muss um die Anschubfinanzierung zu erhalten, läuft die Antragsfrist für die Bezuschussung Ende September 2010 ab.

4. Bewertung

Von Seiten der Landkreisverwaltung wird die Einrichtung einer Bildungsregion grundsätzlich begrüßt. Für die Umsetzung sowie dem aktiven und dem nachhaltigen Betrieb kommt jedoch den Kommunen eine Schlüsselrolle zu.

Insbesondere aufgrund der angespannten kommunalen Finanzsituation ist daher eine Weiterverfolgung der Angelegenheit nur dann Erfolg versprechend, wenn alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden voll hinter der Maßnahme stehen und bereit sind, eine neue freiwillige Aufgabe mit Gesamtaufwendungen in mindestens sechsstelliger Eurohöhe zu finanzieren und aktiv zu unterstützen.

Nachdem jedoch nur 5 von insgesamt 39 kreisangehörigen Städten und Gemeinden Interesse bekundet haben und darüber hinaus bis heute keine weiteren positiven Rückmeldungen erfolgt sind, sieht die Verwaltung keine ausreichende Basis für eine Antragstellung.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme